Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 157. Sonnabend den 6. Juni 1891. 85. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. Juni, Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die am 1. October 1891 zu tilgenden Prioritätsobligationen Lit. E der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft und die am 1. Januar 1892 zu tilgenden Niederschlesisch-Zweigbahn-Prioritätsobligationen der Oberschlesischen Eisenbahn-Gesellschaft werden am

Sonnabend, den 4. Juli 1891, Vormittags 11 Uhr

in unserem Sitzungszimmer, Oranienstraße 92/94, 1 Treppe, in Gegenwart zweier Notare, bezw. eines Notars öffentlich verlooft.

Berlin, den 8. Juni 1891.

Königlich Preußische Hauptverwaltung der Staatsschulden.
Sydow.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zur Erleichterung des Verkehrs in der Markthalle wollen wir den Standinhabern bis auf Weiteres gestatten, in den Abendstunden von **8—10 Uhr** in die **Markthalle durch den Haupteingang Nr. 5 an der Brüderstraße einzufahren** und ihre Waaren nach den Verkaufsplätzen oder Kellerräumen zu bringen. Die Fuhrwerke sind nach ihrer Entladung sofort zu entfernen; um 10 Uhr muß die Halle von allem Fuhrwerke geräumt sein. Handel darf während dieser Zeiten nicht stattfinden.

Leipzig, den 4. Juni 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Lindner.

Wegen Reinigung der Räume bleiben die Geschäfte des Leihhauses und der Sparcasse am

Freitag, den 12. Juni 1891,

ausgesetzt.

Leipzig, den 5. Juni 1891.

Des Raths Deputation für Leihhaus und Sparcasse.

Bekanntmachung.

Behufs Vornahme der Wahl eines Jagdvorstands und eines Stellvertreters derselben werden **sämmtliche Mitglieder der Jagdgenossenschaft Leipzig-Connewitz-Thonberg** hiermit vorgeladen,

Freitag, den 26. dss. Mts., Nachmittags 5 Uhr im Saale des Restaurant zum EisKeller in Leipzig-Connewitz

sich einzufinden.

Vertreter von Mitgliedern haben schriftliche Vollmacht beizubringen.

Leipzig, am 3. Juni 1891.

Ib 2599. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Lampe.

Die Köchin **Constanze Olga Wehe** von hier hat angezeigt, daß sie ihr am 16. Mai 1872 hier ausgestelltes Dienstbuch am 25. April d. J. in der Stadt verloren habe. Das Buch ist im Auffindungsfalle an uns abzuliefern.

Leipzig, den 2. Juni 1891.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
IV. 3134. Dr. Schmid. M.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 18. bis 31. Mai 1891 folgende, zum Theil vermuthlich auch von Diebstählen herrührende Gegenstände:

eine goldene Brille, ein Opernglas, 2 goldene Broschen, ein goldener **Trauring,** 2 andere Ringe, div. Armbänder, darunter ein **Granat-Armreif,** 2 Kneifer, ein goldenes Medaillon mit Haareinlage, eine silberne Münze, 3 Uhrketten, eine davon mit Glas-Berloque und einem Medaillon, ein Portemonnaie mit einem Lotterie-Loos, Geldbeträge von **20 ₰** und **5 ₰**, Portemonnaies mit **9 ₰ 46 ₰** und **6 ₰ 20 ₰**, sowie mit geringeren Beträgen, ein Geschäftsbuch mit der Nummer 218, **mehrere Schirme,** ein Spazierstock, **ein Degen,** ein Handtäschchen von Plüsch und ein solches von Leder, 2 seid. Halstücher, ein seid. Shawlchen, ein Spitzenshawl, eine schwarze Kreidmaille, 2 Paar neue Damenstrümpfe, ein Filzhut, ein Jacket, ein größerer Handkoffer mit einem Paar Stiefeletten, ein Gartenstuhl, ein Spaten, eine Radschraube, 2 Beitschen, ein Schraubenschlüssel, eine Anzahl gewöhnliche Schlüssel, darunter verschiedene Schlüsselbunde, 4 Stück eiserne Verzierungen mit Holzschraubengewinden, endlich ein 2rädriger **Handwagen.**

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 289 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche vom Januar bis mit Mai 1890 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, auf, diese **Gegenstände** zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 1. Juni 1891.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
In Stellvertretung:
Dr. Schmid. Wl.

Bekanntmachung.

Im Monat **Mai** d. J. vereinnahmte der unterzeichnete Verein:

ℳ 10.—	Sühne in Sachen	H. H. ⁄. M. H.	durch Herrn Friedensrichter Freyer,
„ 20.—	„ „ „	L. L. ⁄. H. B.	
„ 30.—	„ „ „	F. J. K. ⁄. O. W.	
„ 10.—	„ „ „	G. R. ⁄. J. G.	
„ 5.—	„ „ „	S. J. H. ⁄. J. C.	
„ 20.—	„ „ „	R. S. ⁄. J. A. W.	durch Herrn Friedensrichter Siebert,
„ 10.—	„ „ „	F. L. ⁄. A. M.	
„ 1.—	Geschenk von N. N.		

ℳ 106.—

worüber **hierdurch** dankend quittirt wird.

Leipzig, 4. Juni 1891.

Der Vorstand des Samariter-Vereins.
Schnoor, Schatzmeister.

Bekanntmachung.

Die auf das Winterhalbjahr 1891/92 für das Königl. Amtsgericht hier zu liefernden

ca. 4500 Ctr. gute schlackenfreie Pechstückkohle,
ca. 1000 Ctr. böhmische Braunkohle, beste Qualität,
ca. 180 Ctr. Anthracitkohle und
ca. 3000 kg Petroleum

sind unter den bei der unterzeichneten Cassenstelle einzusehenden Bedingungen zu vergeben.

Angebote sind bis zum 20. dss. Mts. schriftlich anher einzureichen.

Auswahl unter den Offerten bleibt vorbehalten.

Leipzig, 4. Juni 1891.

Hauptsportelcassenverwaltung des Königl. Amtsgerichts daselbst, Zimmer 100.

Die Rede des Herrn v. Vollmar.

Ein Vertreter der socialdemokratischen Partei, der aber stets die Neigung gezeigt hat, seinen eigenen Weg zu gehen, der Reichstagsabgeordnete v. Vollmar, hat vor einigen Tagen in München in einer Parteiversammlung Aussprüche gethan, welche berechtigtes Aufsehen erregen, weil sie mit den laufenden socialistischen Anschauungen in Widerspruch stehen. Zu den Emblemen, welche das Local des Socialisten-Congresses in Halle zierten, gehörte das Motto: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch", und die Delegirten der französischen Socialisten begrüßten die Theilnehmer des Halleuser Congresses als Bundesgenossen im Kampfe gegen die Bourgeoisie. Der französische Socialist Guesde sagte unter Anderm: „Die französischen Arbeiter haben es nicht vergessen, daß, als die Pariser Commune niedergeworfen war, die deutschen Socialdemokraten sich mit der Commune solidarisch erklärt hätten. Er sei der Meinung, daß der einzige Feind des Proletariats die Uneinigkeit sei, sei das Proletariat einig, dann gebe es keine Macht der Erde, die ihm widerstehen könne. Auch bei dem diesjährigen Pariser Congreß ist die Solidarität der Socialisten aller Länder im Kampfe gegen das Capital ausgesprochen und von den deutschen Socialdemokraten anerkannt worden, man war deshalb berechtigt, aus diesen wiederholten gleichartigen Kundgebungen den Schluß zu ziehen, daß die Socialisten aller Länder sich als Freunde und Bundesgenossen betrachten, welche den Krieg unter allen Umständen verwerfen.

Herr v. Vollmar sagt dagegen, daß man sich in Frankreich über die deutsche socialistische Partei täusche. Sobald das Vaterland angegriffen werde, gebe es nur noch eine Partei, und die Socialdemokraten würden nicht die Letzten sein, namentlich wenn es einem Feinde gelte, der gegen alle Cultur sei, nämlich Rußland. Diese Worte bedeuten einen Bruch mit der Lehre von der Internationalität der socialistischen Partei, und Derjenige, welcher sie sprach, trennt sich dadurch von seinen Parteigenossen. Bisher galt als feststehend, daß die Socialdemokraten nur gezwungen in das Heer eintreten, weil sie den Krieg grundsätzlich verwerfen, um so mehr, als sich im Kriege die Gegner nicht classificiren, also etwa die Socialisten von den Bourgeois nicht absondern lassen. Das ist eine Frage, die bisher im Parlament sorgsam todtgeschwiegen worden ist, weil den Socialisten die Gefahr einer Erörterung dieser Frage einleuchtete, und sie nicht sicher waren, ob sie den Folgen einer solchen Erörterung auch gewachsen wären. Das Heer ist eine Macht, mit welcher die Socialisten rechnen müssen, die eiserne Disciplin fragt nicht nach den persönlichen Meinungen, Grundsätzen und Anschauungen der Soldaten, sondern sie verlangt unbedingten Gehorsam. Das ist eine Macht, vor der auch die Socialdemokratie sich beugt, wenn auch stillschweigend und zähneknirschend, nicht willig und mit dem Bewußtsein der unvermeidlichen Nothwendigkeit. Auch im socialistischen Staate ist freilich eine Volkswehr vorgesehen gegen äußere Feinde, vielleicht auch gegen innere — über diesen Punct schweigt das Programm —, aber diese Feinde können nach Lage der Sache nur Feinde des Socialismus sein, denn die Socialisten der ganzen Welt sind ja geborene Freunde und Bundesgenossen, welche den Krieg im üblichen Sinne als etwas Unmögliches ansehen und weit von sich weisen.

Herr v. Vollmar nennt die Vereinigten Staaten von Europa zwar ein nettes Zukunftsbild, ist aber überzeugt, daß keiner der heute vorhandenen Socialisten die Ausführung erleben werde, mit anderen Worten: diese Vereinigung ist ein Phantasiegebilde, was nie Gestalt annehmen wird. Das ist sehr vernünftig geurtheilt, aber nicht socialistisch, und deshalb nehmen wir wohl mit Recht an, daß die Parteigenossen des Herrn v. Vollmar diese Ansicht nicht bestätigen, sondern, als dem Programm der Partei zuwiderlaufend, ablehnen werden. Das Programm ist überhaupt der Kern der socialen Frage, an ihm sind die Bemühungen des Hallenser Congresses zu Schanden geworden, und das ist auch der wunde Punct des Zukunftstaates. Wenn wir uns der lahmen und gänzlich unzureichenden Erklärungen erinnern, welche Liebknecht und Bebel darüber, theils in Partei-Versammlungen, theils im Reichstage abgegeben haben, dann kann man kein Vertrauen zu der Durchführbarkeit der socialistischen Lehren fassen, sie erscheinen lediglich als Mittel der Einschüchterung der besitzenden Classen.

Bekanntlich ist die Gewinnung der ländlichen Arbeiter für die socialistische Lehre das Hauptstreben der Führer für die nächste Zukunft. Damit soll eine Hauptfestung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung fallen. Wenn die Socialisten erst auf dem Lande Fuß gefaßt haben, dann erachten sie das Spiel für gewonnen, dann werden sie die Herren der Zukunft sein, und diese wird in erster Linie die Niederwerfung der bestehenden internationalen Schranken bezwecken. Man erkennt aus diesen Umrissen, welche Aufgaben sich die socialistische Partei gestellt hat, zugleich aber, daß sie sich der Tragweite des socialistischen Gedankens nicht bewußt ist. Die Partei ist nicht einmal im Stande gewesen, ein Programm aufzustellen, trotzdem will sie mit ihren himmelstürmenden Plänen alles Bestehende auf den Kopf stellen, zuerst die großen Städte, dann das platte Land, dann das Heer für sich gewinnen und ihrer Herrschaft unterordnen, und darüber vergißt sie vollständig, die bestehenden Verhältnisse in Betracht zu ziehen.

Solch thörichtem Beginnen gegenüber zeigt einer der Führer, wenn auch kein allgemein als solcher anerkannter, Herr v. Vollmar, den Muth, seine Parteigenossen auf den Boden der Thatsachen zurückzuführen, sie daran zu erinnern, daß man seit Jahrtausenden bestehende Einrichtungen nicht so ohne Weiteres beseitigen kann, daß sogar der Fall eintreten könnte, daß Deutschland mit Frankreich und Rußland in Kampf geriethe und daß dann doch die große Zahl der deutschen Socialdemokraten nicht gegen den Strom schwimmen könne, sondern am Kampfe theilnehmen müsse. Der Redner geht noch einen Schritt weiter, er mahnt seine Parteigenossen daran, daß sie nach Aufhebung des Socialistengesetzes ihrem Versprechen gemäß auf Grundlage des gemeinen Rechts mit den Gegnern und der Regierung unterhandeln müssen. Freilich besteht dabei der Hintergedanke, daß die auf Grund der Verhandlungen gewonnene neue Unterlage nur eine Stufe bildet, nach deren Besitznahme weiter gearbeitet werden müsse. Aber nach Fortentwickelung strebt ja alles Lebende, das kann also den Socialisten nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Herr v. Vollmar gehört unzweifelhaft zu den einsichtsvollsten Mitgliedern der socialdemokratischen Partei, er ist als solcher schon bei dem Congreß in Halle hervorgetreten und hat sich lediglich auf Anstrebung praktischer Ziele beschränkt, während sein Genosse Liebknecht seine geistige Unzulänglichkeit in der Programmfrage auf das Klarste dartbat. Herr v. Vollmar tritt auch jetzt wieder als Vertreter des Standpunctes auf, welcher an die bestehenden Verhältnisse anknüpft und die Nebelbilder seiner Parteigenossen unberücksichtigt läßt. Wir können solche Kundgebungen nur als das Zeichen der mehr und mehr zur Erscheinung tretenden Thatsache auffassen, daß sich innerhalb der socialistischen Partei eine Wandlung anbahnt, welche darauf hinauskommt, daß Gebilde der Phantasie niemals auf Verwirklichung Anspruch erheben können. Der Socialismus als solcher hat seinen Höhepunkt überschritten, diese Thatsache wird täglich klarer.

Leipzig, 6. Juni.

* Die Erklärungen des Staatssecretairs v. Boetticher über eine vielleicht möglich werdende Herabsetzung der Getreidezölle hatten die Russen hochmüthig gemacht, besonders auch gegenüber Verhandlungen behufs eines etwaigen deutsch-russischen Handelsvertrages. Die Erklärungen des Reichskanzlers v. Caprivi bereiten ihnen deshalb jetzt furchtbare Enttäuschungen. Die russischen Händler hielten ihr Getreide zurück in der Hoffnung, die Preise steigern zu können, sobald Deutschland seine Getreidezölle ermäßige.

* In Sachen des Rhein-Weser-Elbecanals ist die Antwort des preußischen Arbeitsministers an den Vorsitzenden des Ausschusses, Landesdirector Frhrn. v. Hammerstein, ergangen, daß der gewünschten Mittheilung bezw. Ueberlassung der Vorarbeiten zur Fortführung des Dortmund-Emshäfen-Canals nach der Weser und Elbe an den Ausschuß Bedenken nicht entgegenstehen. Es sei richtig, daß der Kostenanschlag für die Vorarbeiten (135 000 ℳ) nur die Kosten der Vorarbeiten für die Fortführung des Dortmund-Emshäfen-Canals nach der Weser und Elbe darstellt. Wegen des Beginnes der Vorarbeiten sei das Nöthige bereits veranlaßt worden.

* Wie der „A. N.-C." aus Wilhelmshaven, 3. Juni, mitgetheilt wird, ist mit der Leitung der Befestigungsarbeiten auf der Insel Helgoland der Ingenieurhauptmann Feldbaum zu Cuxhaven beauftragt worden.

* Die Sperrgeldervorlage ist am Donnerstag im preußischen Abgeordnetenhause in dritter Lesung angenommen worden. Da an der Zustimmung des Herrenhauses nicht zu zweifeln, ist das Zustandekommen des Gesetzes nunmehr gesichert. Es verschwindet damit wieder ein Rückstand des kirchenpolitischen Kampfes und wir wollen hoffen, daß die versöhnende Wirkung, die man sich auf manchen Seiten verspricht, nicht ausbleiben wird. Mit jedem neuen Zugeständniß an die katholische Kirche aber erbebt sich im evangelischen Volke mit wachsender Schärfe die Forderung, jetzt endlich einzuhalten auf einer Bahn, die bereits bis an die äußerste Grenze dessen geführt hat, was ein Staat mit ganz überwiegend protestantischer Bevölkerung gewähren kann. Das Gesetz ist gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Mehrheit der freiconservativen Fraction durch Centrum, Conservative und Deutschfreisinnige zu Stande gekommen. Die Beweggründe, welche unsere Parteigenossen veranlaßt haben, gegen das Gesetz zu stimmen, sind oft genug dargelegt worden. Ein rechtlicher Anspruch auf die Zurückerstattung dieser Gelder lag nicht vor und freiwillige Concessionen des Staates waren durch den Gang der ultramontanen Bewegung in neuester Zeit auch nicht gerechtfertigt; unbestreitbar aber war durch diese Vorlage das protestantische Volk in den weitesten Kreisen verletzt; es war das Gefühl einer neuen Niederlage des Staates hervorgerufen worden, das Gefühl, daß der katholischen Kirche hinterher gewissermaßen eine Entschädigung des Widerstandes gegen die Staatsgesetze ertheilt und ihre Mittel für agitatorische und propagandistische Zwecke verstärkt wurden. Auch wurde mit guten Gründen die versöhnende Wirkung bezweifelt, vielmehr eine weitere Steigerung der ultramontanen Ansprüche befürchtet. Auf diese Stimmung mußte Rücksicht genommen werden. Es lag auch in dem Widerspruch der Mittelparteien ein starker Druck auf das Centrum, seinerseits dem Gesetz zuzustimmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß das Centrum auch jetzt so gut wie im vorigen Jahr das Gesetz abgelehnt haben würde, wenn es hätte voraussetzen dürfen, daß auch ohne die ultramontanen Stimmen eine Mehrheit dafür sich gefunden hätte. In diesem Fall hätte die katholische Kirche nur die Wohlthaten dieses Gesetzes eingestrichen, die versöhnende Wirkung aber wäre noch zweifelhafter geworden. Aus allen diesen Erwägungen sahen sich die Nationalliberalen und Freiconservativen nicht veranlaßt, an diesem Gesetz mitzuwirken.

* Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich so energisch gegen die preußische Landgemeindeordnung aus, daß man aus diesen Worten eine andere Stimme als die des Redacteurs zu vernehmen glaubt. Sie sagen:

„Die Thatsache, daß die Conservativen des preußischen Abgeordnetenhauses durch Herrn von Rauchhaupt kurz vor der Gesammtabstimmung über die Landgemeindeordnung erklärt haben, sie würden gegen dieselbe stimmen, findet in der gegnerischen Presse um so abfälligere Beurtheilung, je größer bei ihr das Bestreben ist, sich dem Minister des Innern angenehm zu machen. Am weitesten geht die „National-Zeitung", welche Herrn Herrfurth sogar mit der Person des Monarchen zu decken sucht. Wir unsererseits vermeinen nach wie vor die Bedürfnißfrage in der Landgemeindeordnung und halten die gegen die Conservativen gerichteten Beschuldigungen materiell für unbegründet. Es liegt für die preußischen Conservativen in keiner Weise die Pflicht vor, ihrerseits an der Beunruhigung der ländlichen Kreise mitzuwirken, nur weil ein demokratisch gefärbtes, staatlich-bureaukratisches Reformverlangen in Verfolgung der ländlichen Verhältnisse einen Popularitätscoup ausführen zu können vermeinte. Wir müssen es für ein Glück halten, wenn die Landgemeindeordnung scheitert, weil diese der Socialdemokratie, welche zur Zeit die Dörfer unschleicht wie der Fuchs den Hühnerstall und nach einem Loch zum Einbrechen sucht, Thür und Thor öffnen würde."

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" polemisirt gegen die „Hamburger Nachrichten" wie folgt:

In einem längeren Leitartikel der gestrigen Abendausgabe der „Hamburger Nachrichten", der sich mit der jetzigen auswärtigen Politik Deutschlands beschäftigt, findet sich folgender Satz:

„Sie — (die französlerfreundlichen Kundgebungen der Czechen in Prag und ähnliche Vorgänge in Oesterreich) — verstärken den Eindruck, daß es unvorsichtig war, die beiden Stränge, die Deutschland früher auf seinem Wagen hatte, nicht zu behalten, sondern den russischen kurzweg zu durchschneiden."

Wenn dieser Satz überhaupt einen Sinn haben soll, so kann damit nur gemeint sein, daß durch die Schuld der gegenwärtigen Regierung in den früheren guten Beziehungen Deutschlands zu Rußland seit dem Abgang des Fürsten Bismarck eine wesentliche Veränderung eingetreten sei.

So lange die „Hamburger Nachrichten" den Vorwurf, welchen sie damit gegen die derzeitige Regierung erheben, nicht durch Anführung bestimmter Thatsachen des Näheren begründen, halten wir jene Behauptung für eine willkürliche Erfindung, die lediglich den Zweck hat, die öffentliche Meinung zu beunruhigen.

* Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg" meldet, empfing der König den Sanitätsrath Marc-Wildungen, welcher constatirte, daß ein Grund zur Besorgniß nicht vorliege und binnen Kurzem die Beseitigung der jüngsten Störung zu erwarten sei.

* * *

* Der Kaiser von Oesterreich empfing eine Deputation mährischer Großgrundbesitzer und der czechischen Bürgermeister des Marchgebietes unter Führung des Abgeordneten Prosskowetz und nahm eine Petition derselben, betreffend die Regulirung der March und den Ausbau des Donau-Oder-canals, entgegen. Die Deputation sprach sodann beim Ministerpräsidenten Grafen Taaffe und bei den Ministern Marquis Bacquehem und Prazak vor.

* Im englischen Unterhause erklärte der Unterstaatssecretair des Auswärtigen Fergusson auf eine Anfrage, er wiederhole, daß die Regierung keinerlei Engagements eingegangen sei, durch welche sie zur Verwendung der britischen Marine oder des britischen Heeres bei irgend einer Eventualität verpflichtet wäre. Die Regierung habe volle Handlungsfreiheit unter allen denkbaren Verhältnissen. Die italienischen Staatsmänner wissen, daß die englische Regierung mit ihnen in dem Wunsche übereinstimme, daß keine Störung der jetzigen Ordnung im Mittelländischen Meere und den benachbarten Meeren erfolge. Die Sympathien Englands seien auf der Seite Derjenigen, die eine solche, für die britischen Interessen so wichtige Politik aufrecht erhalten. Im weiteren Verlaufe der Sitzung erklärte Fergusson, es sei unmöglich, die Bestimmungen des Vertrages mit Portugal bekannt zu geben, bevor derselbe unterzeichnet ist. Das von der egyptischen Regierung an die Unterzeichner der Convention von 1884 gesandte Rundschreiben suchte die Zustimmung derselben auch zur Verwendung der Hälfte des Accisevertrages auf die Verbesserung der Sanitätszustände in Kairo. Weiter erklärte Fergusson, es sei kein Grund anzunehmen, daß die Türkei die Organisation der kurdischen Cavallerie aufgegeben habe; der Zweck dieser Organisation sei die Errichtung eines Cavalleriecorps nach dem Muster der Kosaken zur Vertheidigung der Grenzprovinzen. — Nach Erledigung der Anfragen brachte Jackson eine Bill behufs Abzahlung des englischen Antheils an der russisch-holländischen Anleihe ein. Die Bill wurde in der ersten Lesung angenommen. — Unterstaatssecretair Worms gab die Erklärung ab, es sei den neuesten Mittheilungen zufolge zu erwarten, daß der Boeren-Trek in ein Gebiet der Süd-Afrika-Gesellschaft aufgegeben sei. — Die Robbenfang-Bill wurde in dritter Lesung angenommen.

* Die Londoner Handelskammer hat hinsichtlich des neuen amerikanischen Urheberrechts-Gesetzes einen Bericht veröffentlicht und demselben, um gutachtliche Aeußerungen der betheiligten buchgewerblichen Kreise herbeizuführen, eine ausgedehnte Verbreitung gegeben. Es werden darin die Vortheile und Nachtheile des Gesetzes festgestellt und es wird besonders hervorgehoben, nach welcher Richtung hin eine schädliche Wirkung zu erwarten sei. Schließlich wird, wie das „Export-Journal" meldet, die Einbringung eines Gesetzentwurfs vorgeschlagen, nach welchem britisches Urheberrecht allen Werken verweigert werden soll, welche nicht zuerst innerhalb der britischen Besitzungen oder in einem der Berner Uebereinkunft angehörenden Lande gesetzt und gedruckt sind.

* In der nach Paris übermittelten Nachricht, daß der englische Admiral Hoskins eine Besichtigung aller italienischen Kriegshäfen, Arsenale und Werften vornehme, sieht man in Paris eine Bestätigung der Nachricht, daß England dem Dreibunde beigetreten sei.

* Die in Paris im Umlauf gewesenen Gerüchte, daß in der Melinit-Affaire ein General und ein Oberst verhaftet worden seien, werden von unterrichteter Seite als unbegründet bezeichnet. Man glaubt, daß außer den bereits vorgenommenen Verhaftungen keine weiteren erfolgen werden. — In der Deputirtenkammer erschien vorgestern eine Abordnung des Syndicats der Eisenbahnarbeiter und unterhielt sich in den Wandelgängen mit mehreren Pariser Abgeordneten über den angekündigten Ausstand. Die Deputirten machten die Abordnung auf die Gefahren eines Streiks aufmerksam und empfahlen derselben, eine Audienz bei dem Arbeitsminister nachzusuchen.

* Der „Polit. Corresp." wird von St. Petersburg gemeldet, daß in Folge der jüngsten Maßregeln der russischen Regierung gegen die Juden in verschiedenen Städten des Reiches, insbesondere in Moskau, viele Anhänger dieser Confession bei den Behörden um die Zulassung ihres Uebertrittes zum orthodoxen Glauben eingekommen sind, um sich dadurch